

Videokameras überwachen acht Schulen

Der Kreis will die Schäden durch Vandalismus eindämmen

An acht Schulen im Kreis gibt es eine Überwachung mit Videokameras, die ausschließlich außerhalb der Schulzeit laufen. Der Kreis begründet die Maßnahme mit Vandalismusschäden, die vermieden werden sollen.

Limburg-Weilburg. Allein an der Limburger Tilemannschule sind nach Angaben von Bernd Kexel, Sprecher des Kreises, in der Vergangenheit Schäden in einem fünfstelligen Bereich entstanden. „Diese Kosten sind nicht hinnehmbar“, sagt Kexel. Kameras gibt es nicht nur an der Tilemannschule, sondern auch in Weilburg an der Walderbachschule und der Gagern-Schule, in Merenberg an der Albert-Wagner-Schule, in Hadamar an der Grundschule, an der Westerwaldschule in Waldernbach, der Grundschule in Linter und der Leo-Sternberg-Schule in Limburg.

Die Geräte sind nur in den Abend- und Nachtstunden angeschaltet und ausdrücklich nicht während der Unterrichtszeit.

Kinder und Jugendliche werden damit während der Unterrichtszeit weder im Gebäude noch im Außenbereich erfasst, versichert Kexel. Der Kreis will damit mögliche Täter abschrecken und die Kosten für Vandalismusschäden an der Schulen eindämmen. Die Installation der Anlagen ist nach einer Überprüfung durch die Juristen der Kreisverwaltung rechtmäßig, darauf weist Kexel hin.

Grüne: Das ist Verdacht gegen alle Bürger

Alexander Wright als bildungspolitischer Sprecher der Grünen-Kreistagsfraktion und Cornelius Dehm, Sprecher der Grünen Jugend, halten die Videoüberwachung dagegen nicht für tragbar. Nach ihrer Einschätzung erfassen die Kameras im öffentlichen Raum

auch nahezu unverdächtige Bürger. Es gebe dabei jedoch keinen Verdacht gegen eine konkrete Person, stattdessen einen Generalverdacht gegen alle. Dies widerspreche der Unschuldsvermutung.

Nach Einschätzung von Dehm und Wright verhindert die Überwachung auch nicht den Vandalismus, sondern verlagere ihn nur an andere Orte. Die Überwachung sei somit keine Lösung des Problems. Die an manchen Schulen gezeigte Zerstörungswut könne nur durch vorbeugende und soziale Arbeit an den Schulen selbst erfolgreich und nachhaltig unterbunden werden. Statt in Sicherungsanlagen zu investieren, sollte der Kreis mehr Mittel für Arbeit mit den Jugendlichen ausgeben.

Diesen Einwand will der Kreis allerdings nicht gelten lassen. Es sei überaus fraglich, ob die Täter an den jeweiligen Schulen unterrichtet werden. Eine Prävention und soziale Arbeit in den Schulen durch dort eingesetzte Sozialarbeiter erreiche die Täter daher gar nicht.

Einzäunung scheidet für den Kreis aus

Wie der Kreis weiter mitteilt, kommt eine Einzäunung der Schulgelände als eine mögliche Alternative zur Videoüberwachung für ihn nicht in Frage. Die Schulgelände sollen in der Regel offen gehalten werden, damit Kinder und Jugendliche sie in den Nachmittags- und Abendstunden nutzen können.

Nach Angaben der Polizei hat der Kreis vor der Installation der Kameras Rat gesucht. Klar ist nach Angaben von Polizeisprecher Bruno Reuscher, dass die Kameras ihr technisches Auge nur auf das jeweilige Schulgelände richten dürfen und keineswegs auf die Umgebung der Schulen. *jl*